

erfklaffige  
en  
m. Abstammung



198  
er, Farrenzüchter  
Telefon 358.

ie gehört der  
che Hausarzt  
bearbeitete Auflage  
R. Hähli

— stets vorrätig bei  
Laiser, Nagold.

Verkauf  
Freitag, den  
einem großen



er-Pferde  
ttleren Schlagses  
„Sonne“ in  
und laden Kauf-  
freundlich ein.

wenthal  
andlung  
hausen  
berg Nr. 86  
ehen von Don-  
in Herrenberg.

uf  
nerunter-

ht angestaubt  
199  
hr

ette, Pique,

eig

# Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen  
„Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:  
Monatlich einschließlich Trägerlohn A 1.80  
Einzelnummer 10 J  
Erscheint an jedem Werktag  
Verbreitete Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold  
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage  
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:  
Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder  
deren Raum 15 J., Familien-Anzeigen 12 J.  
Reklame-Selle 45 J., Sammelanzeigen 50%, Aufschlag  
für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und  
an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und  
Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Correspondenz-Adresse: Gefellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postfachkonto Stuttgart 6113

Nr. 15

Gegründet 1827

Donnerstag, den 19. Januar 1928

Fernsprecher Nr. 29

102. Jahrgang

## Bismarcks Wunderwerk und seine Zerstörung durch Weimar Ablehnung des Einheitsstaates

### Reich und Länder

Vortrag des württembergischen Staatspräsidenten Bazille  
auf der Länderkonferenz in Berlin am 16. Januar

II.

Die fundamentalen Grundzüge der Bismarckschen Verfassung  
Bismarck stand vor der Aufgabe, die auch die Aufgabe  
der Gegenwart ist, die kraftvolle Leitung der Reichsange-  
legenheiten mit der Teilnahme sämtlicher Einzelstaaten an  
der Regierung des Reichs zu verbinden und die notwendige  
Einheit des deutschen Volks zu sichern, ohne die Selbständig-  
keit der Einzelstaaten zu vernichten.

In der Bismarckschen Verfassung sind sechs fundamentale  
politische Grundlagen erkennbar:

1. Wie ein wirklicher Baumeister hat er das Reich von  
unten aufgebaut, auf den deutschen Staaten, die die stärksten  
realen Mächte innerhalb Deutschlands zur Zeit der Reichs-  
gründung waren. Die Vernachlässigung dieser Mächte hat im  
Jahr 1848 und 1849 die Bestrebungen der Frankfurter  
Paulistirche zum Scheitern gebracht und hat in der Gegen-  
wart schon schwere Schäden hervorgerufen.

2. Die völlige gleiche Behandlung Preußens mit den  
übrigen deutschen Staaten war im Gegensatz zu dem in der  
nordamerikanischen Union und der Schweiz durchgeführten  
Grundsatz unmöglich, nicht nur wegen der verschiedenen  
historischen Entwicklung und den anderen politischen Auf-  
gaben Deutschlands, sondern auch wegen der überragenden  
Größe des preußischen Staats, der rund zwei Drittel des  
deutschen Volks umfaßt. Eine Loslösung der Reichsregie-  
rung von der preußischen Regierung hätte deshalb unver-  
meidliche schwere Konflikte und beständige Reibungen im  
Gefolge gehabt. Diese Gefahren vermied Bismarck durch  
die organische Verbindung des Kaiserturns mit dem preußi-  
schen Königturn.

3. Die Preußen so gewährte Hegemoniestellung erzeugte  
jedoch die Gefahr, daß die anderen deutschen Staaten zu  
preussischen Vasallenstaaten herabgedrückt wurden. Das  
Gegengewicht gegen Preußen schuf Bismarck im Bundes-  
rat, den er zum Träger der Souveränität machte und in  
dem er der preussischen Regierung nur so wenig Stimmen  
im Verhältnis zur Gesamtzahl gab, daß die anderen Län-  
der durch Abstimmungen nicht verzwangt werden konnten.  
Unter den 58 Stimmen hatte Preußen nur 17. Auf der  
anderen Seite war Preußen dagegen gesichert, daß die Ver-  
fassung gegen seinen Willen abgeändert werden konnte, da  
nach Art. 78 der alten Verfassung Verfassungsänderungen  
als abgelehnt galten, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen  
gegen sich hatten.

Der Bundesrat war eine besonders glückliche Schöpfung  
auch insofern, als er die notwendigen Beziehungen zwischen  
Gesetzgebung und Verwaltung herstellte, die dem Reichstag  
fehlen. Die Männer, die im Bundesrat saßen, kannten die  
Verwaltung auch in ihren Einzelheiten, was man von den  
Abgeordneten des Reichstags im allgemeinen nicht sagen  
kann.

4. Bei kollegialer Organisation des Trägers der Staats-  
gewalt entsteht leicht der Nachteil, daß eine kraftvolle,  
schnelle und einheitliche Leitung derjenigen Gebiete des  
öffentlichen Lebens unmöglich ist, die eine solche unbedingt  
erfordern, nämlich der auswärtigen Politik und des Wehr-  
wesens. Die Bismarcksche Verfassung vermied diese Ge-  
fahren, indem sie die Leitung dieser Gebiete nicht dem  
Bundesrat, sondern dem Kaiser gab, dem sichtbaren Reprä-  
sentanten der Einheit des deutschen Volks.

5. Es zeugt von einer tiefen Einsicht in die seelische  
Organisation der germanischen Völker, daß Bismarck die  
Reichsautorität auf das unbedingt Erforderliche be-  
schränkte und die Zuständigkeiten der Länder im übrigen  
unberührt ließ. Damit befand er sich in Übereinstimmung  
mit dem großen Nationalökonom Friedrich List.

6. Endlich hielt Bismarck es für notwendig, daß die  
Krone und der Reichstag Machtfaktoren gleichen Rangs  
sein und bleiben. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“  
wendet er sich gegen den monarchischen Absolutismus; aber  
ebenso bekämpfte er für Deutschland das parlamentarische  
System, von dessen Einführung er den Zerfall des Reichs  
befürchtete.

Am ganzen betrachtet, bildet die Bismarcksche Verfassung  
ein System von Gegengewichten und Gegengewichten, indem  
jedes Gewicht mit seiner vollen Kraft wirken konnte, ohne  
die Wirksamkeit der anderen zu vernichten.

III.

Preisgabe der Grundzüge der Bismarckschen Politik in der  
Weimarer Verfassung

Das von Bismarck erstrebte Gleichgewicht zwischen  
Krone und Volksvertretung ist vor dem Krieg teilweise  
zum Nachteil der Volksvertretung, während des Kriegs da-  
gegen immer mehr zum Nachteil der Regierung verändert  
worden, so daß man schließlich mit Recht von der Revo-  
lution von oben sprechen konnte. Hatte man in dessen bis

zur Revolution immer noch das wichtige Grundgesetz ge-  
funden politischen Lebens, das Gesetz des langsam organ-  
nischen Wachstums und Werdens wenigstens einigermaßen  
beachtet, so fand das mit der Revolution ein plötzliches  
Ende.

Die Nationalversammlung in Weimar ist aber nicht nur  
von den Forderungen dieses Gesetzes unnötig weit ab-  
gewichen, sondern sie hat auch das andere wichtige politische  
Grundgesetz, das der Relativität, mißachtet, nach dem die  
Richtigkeit und die Wohltat von Einrichtungen abhängig  
sind von Zeit und Ort, so daß eine Einrichtung zwar sehr  
wohl zu gewissen Zeiten und in bestimmten Ländern gut  
und segensreich sein kann, die in anderen Ländern und zu  
anderen Zeiten nur Schaden stiftet. Die Weimarer Ver-  
fassung hat die politischen Grundzüge Bismarcks, nament-  
lich in folgenden Punkten, preisgegeben:

1. Sie hat die neue Verfassung nicht von unten auf-  
gebaut, auf dem alten Fundament, den Einzelstaaten, offen-  
bar weil sie davon ausging, daß diese ihre Bedeutung durch  
Wegfall der Monarchien verloren haben, ein Irrtum, der  
jetzt schon zu schweren Störungen des deutschen Verfassungs-  
gebens geführt hat und weiterhin führen wird, wenn man  
sich nicht von ihm lossagt.

Wie die Gemeinden die Grundlagen des Staats, so sind  
die deutschen Staaten die Grundlagen des Reichs. Deshalb  
war der Bundesrat der Träger der Souveränität, während  
der Reichsrat nur ein Schatten ohne Körper ist. Die Mit-  
wirkung der Länder an der Regierung des Reichs ist in  
unwürdiger Weise herabgedrückt.

2. Nach den Lehren der Jahrhunderte ist für das deutsche  
Volk ein Kristallisationspunkt unentbehrlich, Bismarck machte  
dazu die Institution des Kaiserturns. In der Republik  
kann das aber nicht der Reichstag, sondern nur der Reichs-  
präsident sein. Die Weimarer Verfassung hat dieses Amt  
mit so wenig Befugnissen ausgestattet, daß der Reichsprä-  
sident nicht die Macht hat, verkehrte Gesetze zu verhindern  
und die auseinanderstrebenden Kräfte des Volks zur Ein-  
heit zusammenzufassen.

3. Durch Aufhebung der organischen Verbindung von  
Reichsregierung und preussischer Landesregierung schuf die  
Weimarer Verfassung einen schädlichen Dualismus zwischen  
dem Reich und Preußen.

4. Die Verfassung von Weimar schuf auch im Gegen-  
satz zu allen anderen Ländern kein wirksames Gegengewicht  
gegen die Allmacht des Reichstags, die aus der doktrinären  
Auffassung des Begriffs „Volksouveränität“ entsprungen  
ist. Dieser Fehler im Bau der Verfassung ist der gefähr-  
lichste von allen.

5. Die Weimarer Verfassung dehnte die Zuständigkeit  
des Reichs weit über das gebotene Bedürfnis hinaus aus.

6. Das Gegengewicht gegen die Hegemoniestellung  
Preußens, dessen Bevölkerung sowohl bei der Wahl des  
Reichspräsidenten als des Reichstags etwa zwei Drittel  
aller Stimmen hat, ist im Gegensatz zur Verfassung Bis-  
marcks insofern verringert, als jetzt fast alle Macht beim  
Reichstag ist, der zu zwei Drittel aus preussischen Abgeor-  
dneten besteht, und als Preußen im Reichsrat jetzt verhält-  
nismäßig weit mehr Stimmen hat als es im Bundesrat hatte.

### Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft

Referat des preuß. Finanzministers Höppler-Achhoff

Am zweiten Sitzungstag der Länderkonferenz  
führte der preussische Finanzminister Höppler-Achhoff  
aus: Die Haushaltsgesetze der Regierungen in Deutschland  
haben eine andere Stellung gegenüber dem Parlament als  
in England und Frankreich. In Deutschland sei der  
größte Teil der Staatsausgaben zwangsläufig und auch ohne  
Bewilligung durch das Parlament möglich. Es bestünde  
ferner keine Verpflichtung der Regierung, die im Haushalt-  
gesetz vorgesehenen Mittel wirklich auszugeben. In Eng-  
land habe sich dagegen das Unterhaus eine wohlthätige  
Selbstbeschränkung durch seine Geschäftsordnung  
auferlegt durch die Festlegung, daß Anträge auf Mehr-  
ausgaben nur mit Zustimmung der Regie-  
rung eingebracht werden können. Eine solche Bestimmung  
wäre auch im Reich und in den Ländern wünschenswert.  
Reichstag und Landtage sollen ferner die Einnahmen im  
Haushaltplan nicht höher einstellen dürfen, als von der  
Regierung veranlaßt ist. Ferner müsse durch die Geschäfts-  
ordnung zum Ausdruck gebracht werden, daß Anträge  
gegenwärtig nicht als Initiativbeiträge eingebracht  
werden dürfen. Die Haushaltsordnung des Reichs führe  
die wichtige Vorschrift, daß der Reichsfinanzminister im  
Kabinet ein Einspruchsrecht bei der Aufstellung des  
Haushaltplans habe, und nur in der zweiten Abstimmung  
könne der Reichsfinanzminister durch eine Kabinettsmehrheit,  
der auch der Reichszentraler angehören muß, überstimmt wer-  
den. In dieser Beziehung sei eine Stärkung der  
Rechte auch der Landesfinanzminister  
wünschenswert. Um ein weiteres Ansteigen des öffentlichen  
Haushalts zu verhindern, müßte die Bestimmung getroffen  
werden, daß Erhöhungen gegenüber dem Vorjahr nur

### Tagespiegel

Eine Versammlung von mehr als 2000 schleswig-hol-  
steinischen Bauern fandte eine Entschlieung nach Berlin, in  
der an das Reich und den preussischen Staat bestimmte  
Forderungen gestellt werden, um der äußersten Not der  
Landwirtschaft in der Provinz abzuwehren. Die Regierung  
wird bis 25. Januar um Antwort ersucht. Erfolge keine  
oder eine ablehnende Antwort, so betrachte sich die Land-  
wirtschaft als rechtlos, aber auch als aller Pflichten gegen  
den Staat (Steuern usw.) ledig. Der Landbund und andere  
landw. Verbände, sowie die anwesenden Parlamentarier  
wurden aufgefordert, sich auf keine Vertröstungen mehr  
einzulassen.

Der Londoner „Daily Express“ will wissen, die Leitung  
der konservativen Partei in England plane für dieses Jahr  
parlamentarische Neuwahlen.

mit Zustimmung des Finanzministers vor-  
genommen werden dürfen. Es sei aber davor zu warnen,  
gegebenenfalls dritte Stellen, wie etwa den Reichspräsi-  
denten oder den Sparkommissar einzuschalten. Er sei auch  
gegen ein Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers gegen-  
über den Ländern. Die Schranke, die die Beratungs-  
stelle für Länder und Gemeinden sei, dürfe nicht noch  
weiter erhöht werden.

### Der neue Föderalismus

Finanzminister Höppler-Achhoff stellte ferner drei  
Tatsachen fest:

1. daß die süddeutschen Staaten den Ein-  
heitsstaat ablehnen,

2. daß die norddeutschen Länder die Auf-  
nahme in den preussischen Staatsverband  
ablehnen und ein Groß-Preußen nicht wollen und

3. daß die Umwandlung einzelner Länder in  
Reichsländer undurchführbar ist, weil sie  
keinen Fortschritt, sondern nur eine Veränderung  
in der Spitze bedeuten würde, indem an die Stelle der bis-  
herigen Länderregierungen die Reichsregierung treten, im  
übrigen aber alles beim alten bleiben würde.

Der erste Mangel, die Zerspaltung Nord-  
deutschlands, sei ein Hemmnis für jede vernünftige  
Verwaltungsreform, aber auch für die Entwicklung der  
Wirtschaft. Der zweite Hauptmangel liegt im Dualismus  
des Reichs und der Länder und im Dualismus insbesondere  
zwischen Reich und Preußen und damit doppelte Arbeit in  
Gesetzgebung und Verwaltung im Reich und in Preußen.  
Man werde aber dem Reich diese Aufgaben niemals nehmen  
können. Die Siedlung sei keine Aufgabe der Länder,  
sondern des ganzen Reichs, ebenso die Behebung der  
Wohnungsnot und der Wohnungsbau überhaupt.

So gebe es nur die Wahl: Entweder den bestehenden  
Zustand hinzunehmen, oder aber entschlossen auf dem Weg  
weiterzugehen, der beschritten worden ist.

Der Redner verteidigte sodann seinen bereits in einer  
Schrift veröffentlichten Vorschlag eines „neuen Föder-  
alismus“. Danach soll ein Reich gebildet werden, das  
einerseits aus norddeutschen, andererseits aus süd-  
deutschen Ländern bestehen würde. Wobei beide  
Teile ein verschiedenes Gefüge hätten. Der juristische Unter-  
schied würde darin liegen, daß die süddeutschen Län-  
der ihre Machtbefugnisse kraft eigenen Rechts aus-  
üben würden und die norddeutschen Länder ihre  
Machtbefugnisse als abgeleitetes Recht auf Grund  
der Gesetzgebung des Reichs ausüben würden.  
Ein zweiter Unterschied würde in der Gestaltung der  
Regierungen liegen: In den süddeutschen Län-  
dern das parlamentarische System, in den nord-  
deutschen Ländern etwa ein System nach dem Vorbild,  
das wir jetzt in den preussischen Provinzialregierungen  
haben, also Provinzialregierungen, die durch die  
Provinziallandtage auf Zeit gewählt werden.

Es wurde dann noch der Vorschlag gemacht, die Fragen  
des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zur Aus-  
arbeitung eines Gutachtens dem Verfassungsaus-  
schuß des Reichstags zu übergeben, der befugt sein  
soll, zu seinen Arbeiten Sachverständige beizuziehen.

### Die Verwaltungsvereinfachung

Der sächsische Innenminister Dr. Apelt wies auf den  
engen Zusammenhang hin, der zwischen der Verfassungs-  
und der Verwaltungsreform bestehe. Die Sparmöglich-  
keiten dürften allerdings nicht überschätzt werden.  
Der Minister ist der Auffassung, daß das ganze Problem  
nach zwei Richtungen hin durchgearbeitet werden muß:  
1. in der Richtung der Vereinfachung und Verbilligung der  
Verwaltung; 2. durch eine möglichst weitgehende Rechts-  
angleichung auf dem Gebiet der Verwaltung innerhalb  
Deutschlands.

Der bayerische Innenminister Dr. Stübel er-  
klärte, die Verwaltungsreform in Bayern müsse nach  
bayerischen Gesichtspunkten und Bedürf-  
nissen durchgeführt werden. Das Kernstück der gesamten  
Verwaltungsreform sei die Bereinigung des Verhältnisses  
zwischen Reich und Ländern durch Festlegung ihrer  
Betätigungsgebiete unter Stärkung des bundes-  
staatlichen Charakters des Reichs, aber ohne

grundstürzende Aenderung des verfassungsrechtlichen Gefüges des Reichs. Es ergeben sich folgende Forderungen:

- 1. muß das Reich sich auf Ausschöpfung der Zuständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung auf wirklich reichswirtschaftliche Angelegenheiten und besonders in der Gesetzgebung auf Rahmengesetze beschränken; 2. ist auf einem Gebiet der Gesetzgebung oder Verwaltung einheitliche Regelung erwünscht, und durch Vereinbarungen der Länder erzielbar, so ist dieser Weg einzuschlagen; 3. der Vollzug der Reichsgesetze muß grundsätzlich den Ländern zustehen. Ausnahmen sind auf unabwiesbare Notwendigkeiten zu beschränken. 4. Der Aufbau weiterer Reichsverwaltungsbehörden ist, weil er zur Aufspaltung der Landesverwaltungen führt, zu unterlassen. Bestehende Reichsverwaltungsbehörden sind auf ihre unbedingte Notwendigkeit nachzuprüfen und, soweit möglich, abzubauen. 5. Bei den Fonds ist die Reichswichtigkeit der Zwecke auf Reichsunternehmlichkeit nachzuprüfen. Fonds für Zwecke, die zur Zuständigkeit der Länder gehören, sind zu beseitigen. Beim Finanzausgleich ist dies entsprechend zu berücksichtigen. Bestehende Fonds sind grundsätzlich schlußförmig und nur über die Landesregierung zu verteilen.

Das „Parlament der Minister“ wird am Mittwoch geschlossen. Von den Blättern wird als Ergebnis festgestellt, daß die Konferenz zunächst bewiesen habe, daß der „Einheitsstaat“ keineswegs billiger sei als der Bundesstaat, daß weiterhin über die Form des Einheitsstaats nicht ein klarer Gedanke vorgetragen worden sei, daß er überhaupt von der Mehrheit abgelehnt werde. Großen Eindruck machte die mit erbobener Stimme abgegebene Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, Bayern werde sich niemals in einen Einheitsstaat irgendwelcher Form hinein-drängen lassen.

Neueste Nachrichten

Gegen die Getränkesteuer des Städtebundes

Berlin, 18. Januar. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft erheben in einem Schreiben an den Vorsitzenden des deutschen Städtebundes, Dr. Mulert, Einspruch dagegen, daß der Städtetag in seiner Werbung für die Wiedereinführung der Getränkesteuer die Verbände der Wohlfahrtspflege, der Frauenbewegung, der Abstinenzler usw. vor seinen Wagen spannen wolle. Niemand werde etwas dagegen einzuwenden haben, wenn der Alkoholmißbrauch bekämpft werde. Aber die eigentliche Absicht des Städtetages, durch die Getränkesteuer mehr Gelder einzutreiben, mit Wohlfahrtszwecken zu bemänteln, sei unmoralisch und müsse zurückgewiesen werden.

Weitere Einschränkung des englischen Flottenbaus

London, 18. Jan. Die Regierung hat beschlossen, im Baujahr 1928/29 statt drei nur zwei Kreuzer von 8000 Tonnen auf Stapel zu legen. Von dieser Klasse sollen bis 1929 nur drei statt vier gebaut werden, dazu die vorgesehenen zwei Kreuzer von je 10 000 Tonnen (1928/29). Die sich auf mehrere Jahre verteilenden Ersparnisse werden auf 110 Millionen Mark angegeben.

Der Waffenschmuggel von Szent-Gotthard

Belgrad, 18. Jan. Die Staaten des Kleinen Verbands werden in einer gemeinsamen Note an das Sekretariat des Völkerbunds die Unterfuchung der Einschmuggelung von Maschinengewehren nach Ungarn aus Italien fordern.

Württembergischer Landtag

Der Landtag setzte gestern die Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums fort. Abg. Dr. Schumacher (S.) erklärte, der wirtschaftliche Pessimismus sei nur eine Stimmungsmache der Industriellen, mit der man die Arbeiter um die Früchte der Rationalisierung bringen möchte. Abg. Ubrano (Z.) besprach die schwierige Lage der Landwirtschaft, die weitgehend verschuldet sei. Wenn der Landwirt 3-4 Jahre nichts verdiene, wozu soll er dann leben? Abg. Roth (Dem.) sagte, den meisten Gewerbetreibenden nütze die Herabsetzung der Staatssteuern nichts, da auf der anderen Seite die Gemeindeförderung erhöht werde. Abg. Dr. Hölscher (BB.) trat für die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer ein, die man aber nicht zwingen dürfe, in eine ganz bestimmte Gewerkschaft zu geben. Der Arbeitsfrieden sei das Beste für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. - Schließlich sprachen noch die Abg. Oberland (BB.), Gauß (Z.), Gengler (Z.) und Häusermann (BB.), wovon letzterer seine erste Rede hielt. Sie traten für den Ausbau der Bottwartalbahn in eine normalspurige Nebenbahn ein.

In der Sitzung am Mittwoch wurde Kap. 65 des Haushaltsplans, Zentralstelle für die Landwirtschaft, in die Beratung genommen.

Abg. Hege (BB.) spricht zur Notlage des Weingärtnerstandes: die Regierung sollte den würt. Weinbau fördern und ihn vor übermäßiger Auslandskonkurrenz schützen.

Abg. Rinke (Soz.) verbreitet sich über den Rückgang des landwirtschaftlichen Anbaus.

Sodann wird die Abstimmung zu Kap. 64 (Wirtschaftsministerium) nachgeholt und der Auszubehtrag angenommen, für gemeinnützige Rechtsanwaltsstellen für Arbeitnehmer 15 000 Mark zu bewilligen.

Abg. Lins (Z.) Die Verschuldung der Landwirtschaft ist derart, daß 80 Prozent der kleinen und mittleren Landwirte für sich keinen Arbeitsverdienst haben. Es gibt Steuertermine ohne Zahl. Der Landwirt hat wohl seine Vermögenssubstanz erhalten, aber sie wird ihm bei der Besteuerung vielfach zur Last. Notwendig ist verbilligtes Betriebskapital. Große Teile des deutschen Volkes wissen nicht mehr, was ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Landwirtschaft ist.

Abg. Albert Fischer (Komm.) begründet einen Antrag auf Erlass der Grund- und Gebäudesteuer für die durch das schlechte Erdwetter in Not geratenen Klein- und Mittelbauern. Er beantragt ferner den Beitrag von 10 000 Mark an Rennvereine aus der Totalisatorsteuer zu streichen.

Abg. Klein (BB.): Klein- und Großbauer, Viehzüchter und Getreidebauern haben alle die gleichen Interessen. Im großen Betrieb ist die Lage sogar noch schlimmer wegen der Arbeiterfrage. Die Landwirtschaft kann nicht solche Löhne zahlen wie die Industrie. Vor der Aufnahme von

Kreditern muß man warnen. Die Verbilligung der Saaterfrucht hat für den Bauern wenig Zweck. Alle Zweige der Landwirtschaft bedürfen in gleichem Maße des Schutzes.

Abg. Hermann (Z.) wendet sich dagegen, daß die Zinsen glauben, den praktischen Landwirten Rathgeberweihen mitteilen zu müssen. Die Landwirte wollen Latein lesen. Das Heil kann nur vom Reichstag kommen. Die Kredite müssen wir abstoppen. Der Zinsdienst für die bereits bekommenen Kredite muß verlängert werden. Dem Landwirt fehlt auch eine Stabilität der Preise. Nie weiß der Landwirt, welche Preise er im Herbst für sein Getreide bekommt.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Hartmann (DB.) und Schweizer (BB.) wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Württemberg

Stuttgart, 18. Jan. Disziplinarhof für Körperschaftsbeamte. Das Staatsministerium hat dem Oberregierungsrat Lemppenau bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung, den Oberbürgermeister Schwarz in Alzen, den Oberbürgermeister Scherer in Tuttlingen und den Oberamtspfleger Englert in Ludwigsburg zu stellvertretenden Mitgliedern des Disziplinarhofs für Körperschaftsbeamte je für die Dauer ihres derzeitigen Hauptamts ernannt.

Stuttgart, 18. Januar. Krankheitsstatistik. In der ersten Jahreswoche vom 1.-7. Januar wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 19 (tödlich -), Rindpestfieber (-), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs sowie der anderen Organe 2 (22), Scharlach 18 (-), Typhus 3 (-), Spinale Kinderlähmung - (1).

Französischer Spionageversuch. Ein würt. Reichwehrosoldat, der beschuldigt sei seinen Eltern in Ludwigsbafen am Rhein weite, wurde von einem „Deutschen“ um Judaslohn an die französische Behörde verraten und verhaftet. Er wurde scharf nach den Dienstverhältnissen usw. der Reichswehr ausgefragt, er gab aber keine oder falsche Antworten. Als die Franzosen einhaken, daß aus dem Mann nichts herauszubringen sei, schoben sie ihn in das unbesetzte Gebiet nach Wanneim ab.

Ausdehnung der Unterfuchung in der Stuttgarter Handwerkskammer-Angelegenheit. Im Einlauf der heutigen Landtagsfufung befand sich ein Schreiben der Stuttgarter Staatsanwaltschaft, worin sie mittelteil, daß sie die Unterfuchung der Vorgänge bei der Stuttgarter Handwerkskammer auf sämtliche Mitglieder des früheren Vorstands der Handwerkskammer ausdehne. Zu diesen Mitgliedern zählt auch der Landtagsabg. Theodor Fischer (Bürgerpartei). Die Staatsanwaltschaft bittet den Landtag um Genehmigung zur Einleitung einer Unterfuchung gegen ihn. Der Abg. Theodor Fischer bat seinerseits den Landtag in einem Schreiben dringend, die Genehmigung zu erteilen, damit die Sache klar gestellt werden kann. Die Angelegenheit wurde dem Geschäftsausschuß überwiefen.

Anerkennung von Wohlfahrtspfegerinnen. Auf Grund staatlicher Prüfung sind im Kalenderjahr 1927 12 Anwärterinnen als Wohlfahrtspfegerinnen staatlich anerkannt worden.

Umwandlung des Parkhotels in ein Altersheim? Das bisherige, von 56 Insassen bewohnte Altersheim beim Leuzbad wird durch eine Verlegung bzw. Erbreiterung des vorbeiführenden Kanals eine Einschränkung erfahren und einem Umbau unterzogen werden. Es ist nun, wie verlautet, vorgeschlagen worden, das Altersheim in das nahegelegene, der Stadt Stuttgart gehörige Parkhotel in Berg zu verlegen, dessen Pächterin den Vertrag gekündigt hat.

Tübingen, 18. Jan. Verhaftet. Schon vor einiger Zeit wurde der angebliche Organifator Josef Müller, wohnhaft Pflegelhofstr. 13, verhaftet. Müller, der bald da, bald dort auftauchte, war angeblich für den „Deutschen Pilotenklub E. B.“ tätig, gründete Ortsgruppen und veruntreute die von ihm kasfirten Mitgliedsbeiträge. Auch schädigte er verschiedene Geschäfts- und Privatleute um sehr ansehnliche Beträge und in rücksichtslofester Weise. Müller wurde in Reutlingen verhaftet.

Hall, 18. Jan. Aus dem Gefängnis ausgebrochen. Der verwegene Bauernhauseinbrecher Weber, der seinerzeit bei Gmund in einer Fichtenkultur ein Räuberlager mit allerhand Diebesbeute errichtet hatte, ist unter sehr erschweren Umständen aus dem Landesgefängnis ausgebrochen. Weber ist ein Bursche im Alter von 25-30 Jahren. Er hat in der gleichen Nacht bei Unterunkheim zwei Einbrüche verübt und trägt einen gefährlichen Anzug.

Craillsheim, 18. Jan. Einträgllicher Vettel. Daß das Betteln noch immer nicht die schlechteste Beschäftigung ist, konnte dieser Tage wieder bei einem noch nicht 22jährigen Burschen festgestellt werden. In nicht ganz 2 Stunden gelang es ihm, nahezu 4 M zusammen zu fuchen. Die Mildtätigkeit vieler Leute wird hier geradezu zu einer Gefahr für junge Menschen, die einmal aus dem Geis geordneter Verhältnisse gemorfen, durch solchen müßelosen Verdienst nur schwer wieder den Weg zur Arbeit finden.

Aus Stadt und Land

Nagold, 19. Januar 1928.

Viele Menschen werfen sich im Politifchen wie auf dem Krankenlager von einer Seite zur anderen, in der Meinung, besser zu liegen. Goethe

Frühjahrsversammlung der Bez.-Gruppe des Reichsverb. des Deutschen Gartenbaues.

Gestern nachm. 4 Uhr wurde im schön dekorierten Nebenzimmer des Gasthauses zur „Krone“ hier, die Frühjahrsversammlung der Bezirksgruppe des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues abgehalten. Der Bezirks-Odmann, Herr Gärtnermeister W. Mast-Calz, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste und referierte in seiner klaren, leichtverständlichen Art über die Aufgaben und die Tätigkeit des Reichsverbandes. Er führte aus, es sei heute dringender als je notwendig, daß kein Berufsgenosse abseits stehe und daß jeder, sei er kleiner oder großer Unternehmer, mithelfen müsse an der Aufgabe, der Gärtnerei zu ihrem bedeutenden Platze im Wirtschaftsleben zu verhelfen. Der würt. Landesvorstand, Herr Adolf Ernst aus

Möhringen, hielt nach Beendigung des Referats einen in fließender Rede gehaltenen Vortrag über zeitgemäße Fragen, besonders aber setzte er sich für den Ausbau des Gemüsebaues ein. Es ist unumstößliche Wahrheit, daß das Deutsche Reich jährlich zirka 400 Millionen Mark für Gemüse und Früchte ins Ausland bezahle. Trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten, insbesondere die teure Kapitalbeschaffung, müße mit aller Energie versucht werden, wenigstens einen großen Teil dieser ungeheuren Summe dem deutschen Gartenbau und Wirtschaftsleben zu erhalten und dadurch die Handelsbilanz, welche letzten Endes der Kern und das Barometer für die Wirtschaft sei, günstig zu beeinflussen. Es sei sehr wohl möglich, einen großen Teil der Einfuhr durch größere Erzeugung des Inlandes zu deden, obwohl die klimatischen und sonstigen Verhältnisse gegenüber dem Auslande ungünstig seien. Die in den letzten Jahren errichteten Groß- und Kleingemüseplantagen liefern den Beweis, daß in nicht allzuungünstig gelegenen Gebieten Früh- und Spätgemüse, erstere unter Glasgemüseblockhäusern, in besserer Qualität gezüchtet werden kann, als es das Ausland liefert. Durch den oft sehr langen Transport und die Erziehung bei Schiffsendungen wird das Auslands Gemüse oft unansehnlich und beschädigt und es wird dann zu Schleuderpreisen auf den Markt geworfen, zu Preisen, die den einheimischen Gemüsebau unbedingt unrentabel gestalten. Auch in solchen Fällen muß der Gemüsezüchter durchhalten und evtl. mit Verlust verkaufen, um der Konkurrenz die Stirne bieten zu können. Der Betrieb selber muß so rational als irgendmöglich gestaltet werden und die Kredite für den einheimischen Gemüsebau, die vom Reichsverband und dem Reich und den Ländern zu verbilligtem Zinssatz zur Verfügung gestellt werden, müssen den teuren Bankkrediten vorgezogen werden. Sobald die Verbraucher von dem Vorzuge der einheimischen, frischen Ware überzeugt sind und durch Ausstellungen, Aufklärungsfilme usw. von der Leistungsfähigkeit und dem allgemeinen Nutzen der deutschen Gemüsebau für das Volkswohl aufgeklärt sind, werden sie sich auch nicht scheuen, hier und da ein paar Pfennige mehr für deutsches Gemüse zu bezahlen, da sie zu berücksichtigen wissen, daß der deutsche Gemüsebau unter ungleich schwierigen Verhältnissen arbeitet wie das meiste Ausland.

Die weiteren Ausführungen des Vortragenden über die Gewerbesteuer, Lehrlings- und Meisterprüfungen und den schwierigen Beruf der Gärtner fanden lebhaftes Interesse und so konnte der Odmann die anregend verlaufene Versammlung nach 20 Uhr schließen.

Ebhausen, 18. Jan. Säuglingspflegerkurs. Wie in vielen andern Orten unseres Landes, so wurde auch in unserer Gemeinde in der 1. Hälfte des Januar als Veranlassung des Landesausfchusses für Säuglingspflege ein Wanderturs von Schwester Elisabeth Zeller abgehalten, der von ungefähr 30 Frauen und Mädchen besucht wurde. Beides, die theoretischen Ausführungen und die praktischen Übungen brachten den Teilnehmerinnen eine Fülle von Anregungen und reichen Gewinn, von dem wir hoffen, daß er im Lauf der Jahre recht vielen unserer Kleinsten und Kleinen zugute komme. Wenn man bedenkt, wie groß der Prozentsatz der früh verstorbenen Kinder in früheren Jahren und Jahrzehnten häufig gewesen ist, so empfindet man es doppelt dankbar, daß jetzt so viel geschieht, um unsern Familien u. unserm Volk diesen kostbarsten Besitz, seine Kinder, möglichst unvermindert zu erhalten und alles zu tun, damit diese gesund an Leib und Seele heranwachsen. Auch war es für alle Teilnehmerinnen von großem Wert, hier einmal im Gegenfatz zu so ganz anders gearteten Anschauungen unserer Zeit so tiefe und von so hohem sittlichem und religiösem Ernst getragene Gedanken über das Kind aussprechen zu hören, die in dem Worte gipfelten: „Kinder sind der Eltern höchstes Lebensglück“ (dazu der Hinweis auf die hohe Wertschätzung der Kinder durch Christus). Der Leiterin des Kurfes, sowie dem Landesausfchub, der sie sammelte, gebührt herzlichster Dank für die wertvolle Veranstaltung.

Walddorf, 18. Jan. In tiefes Leid wurden die Angehörigen des verheirateten Karl Walz, Schuhmachers (Sohn Georgs Sohn), verfezt. Walz, der in Pfäffingen in der Schuhfabrik des Karl Emil Walz, beschäftigt war, kam am Samstag, wie gemöhnlich, nach Hause, um am Sonntag im Kreife der Seinen zu verweilen. Am Sonntag verfiel er bei einem heftigen Hustenanfall sein Gebiß mit 2 Zähnen, das ihm in der Lufröhre stecken blieb. Er begab sich sofort nach Nagold ins Krankenhaus und wurde von da nach Tübingen in die Klinik verwiefen, wo er noch am Montag im Laufe des Tages operiert wurde, nachdem man die Zähne von der Lufröhre in den Magen bewegt hatte. Heute früh nun kam die erschütternde Nachricht, daß W., nachdem er für kurze Zeit das Bewußtsein wieder erlangt hatte, gestorb. ist. Der Verst. war 27 Jahre alt u. erbt seit 2 Jahren mit der jüngsten Tochter des Kronenwirts Schuh von hier verheiratet. Außer der jungen Frau und dem Kinde trauern die Eltern und Geschwister um den geliebten Sohn und Bruder. Walz war ein äußerst treusamer Mensch und tüchtiger, ruhiger Arbeiter. Erst im letzten Herbst begann er mit dem Bau eines eigenen Häuschens, das nun beinahe fertig, ihm nicht mehr beherbergen darf. Allgemeine Teilnahme wendet sich der schwergeprüften Familie zu.

Suß D. A. Nagold, 18. Jan. Kinderschulweihenachten. Am Sonntag, den 15. Januar fand unter der Leitung des Ortsvorstehers, als Vorstand der Kleinkinderschule, die Weihnachtsfeier der Kleinkinderschule statt. Schultheiß Henig führte, nachdem er die Anwesenden begrüßt hatte, in seiner Rede ungefähr folgendes aus: Infolge der Majern, welche hier herrschten, mußte die Weihnachtsfeier vom 18. Dezember bis heute verschoben werden, aber man dürfe wohl trotzdem annehmen, daß sich die Kinder u. deren Angehör. auf die Weihnachtsfeier, wenn auch erst am heutigen Tage stattfindend, recht herzlich freuen. Die Kinder hätten sich unter der Leitung und Führung der Kinderschweiter Albertine für die Weihnachtsfeier tüchtig vorbereitet. Weiter führte der Vorsteher aus, daß es ein Bild des Friedens sei, wenn man die Kinder so beieinander sitzen sehe und daß von einer Kleinkinderschule ein großer Segen ausgehe und bei manchem Kind für ein späteres

JLSE RÖMER  
der beliebte Roman von Elisabeth Vorchart ist in Buchform zu A 3. - vorrätig in der Buchhandlung Kaiser, Nagold.

Seite 3  
Leben ei  
der Ort  
Helferin  
feier ge  
denen g  
Geld od  
wurde ei  
dann ih  
Gedichte  
vor. H  
kleines  
teilung i  
feier. E  
Weife di  
He  
wage  
bingen  
Innen  
worden  
führen.  
jeigen  
wagende  
stellen.  
Hsinbild  
schaffene  
des Amn  
dauern, i  
tigen Fr  
Herre  
In der  
einen Me  
des zu  
59 Gebur  
wohnerja  
Schlach  
darunter  
126 Scha  
Fauda  
treditant  
den Fre  
ten zur  
jomen. A  
3330 M  
Die G  
203 710  
besondere  
tritt bene  
ler - im  
in der M  
ler, in de  
56 Schüle  
dern best  
Unterrich  
treten we  
gelagt we  
muß dah  
gedacht w  
gend, es j  
Schulden  
Siedlungs  
es wurde  
reifes Ge  
Freud  
Samstag  
getern im  
Freud  
ijung  
meinderat  
auf Ein  
lasse z  
getraden  
amt für  
der Ri  
Straße i



210

Nagold, 18. Jan. 1928.



### Todes-Anzeige.

In tiefem Leid teilen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber Sohn, Bruder, Neffe und Schwager

## Adolf

am Dienstag Abend 6 Uhr im Alter von 27 Jahren von seinem langen, schweren Leiden erlöst wurde.

In tiefer Trauer:

die Eltern: Adolf Schnepf mit Familie.

Beerdigung: Freitag nachmittag 1 Uhr.

217

Nagold, den 19. Jan. 1928.

### Nachruf.

Dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben

## Adolf Schnepf

Junior-Chef

in der Blüte seiner Jahre in ein besseres Jenseits abzurufen. Er war uns stets ein treuer, liebenswürdiger und kameradschaftlicher Vorgesetzter, der uns immer mit Rat und Tat freudig zur Seite stand. Sein frühes Hinscheiden trifft uns wie seine Angehörigen sehr hart. Wir werden ihn stets in bestem Andenken behalten.

### Die Arbeiter der Fa. Ad. Schnepf.

216

Walldorf, 18. Jan. 1928.



### Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern lieben Gatten, Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

## Karl Walz

heute früh um 3 Uhr nach einer Operation in Tübingen im Alter von 27 Jahren gefast und ruhig zu sich abzurufen. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen die Gattin

Sofie Walz geb. Schuh mit Kind  
Die Eltern und Geschwister.  
Beerdigung Samstag mittag 2 Uhr.

**Neuer Holzrechner**  
nach Metermaß  
Inhalts- u. Preistabellen für runde, vierkantige und flachgeschmittenen Hölzer.  
Dauerhaft gebunden.  
Vorrätig bei  
**Buchhandlung Zaiser, Nagold.**

Niederlage des  
**1263 Obernauer Löwensprudels**  
Natürliche Kohlenäure-Mineralquelle  
Tafelwasser — Arztlicherseits bestens empfohlen  
Abgabe ohne Flaschenpfand.  
**Franz Kurlenbauer**  
Gasthof „Löwen“  
Nagold. Telefon 91.

### BEN HUR

Roman aus den Tagen des Messias v. Lewis Wallace.  
2 Teile in 1 Band nur Mk. 1.-  
vorrätig bei Buchhdlg. Zaiser.

Sfelshausen, den 18. Jan. 1928.



### Todesanzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter

## Babette Häberle

geb. Lang

gestern abend unvermutet rasch im Alter von 49 Jahren von uns gegangen ist. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

in tiefem Leid:

Der Gatte Karl Häberle  
mit seinen Kindern.

Beerdigung: Freitag nachm. 1/23 Uhr.

### Trauerkarten Trauerbriefe

fertigt rasch und billig Buchdruckerei Zaiser, Nagold.

Reiner

### Blüten-Schleuderhonig

billig bei

Hch. Lang, Conditorei und Kaffee Nagold

**M. B. N.** Heute 8 1/4 Uhr Klavierwerke von J. S. Bach aus dem Klavierbüchlein für W. Fr. Bach und aus dem Wohltemp. Klavier.

Stadtgemeinde Nagold.

### Nadelstammholzverkauf.

Aus dem Stadtwald kommen am **Mittwoch, den 25. Jan. 1928, vormittags 11 Uhr** im schriftlichen Aufsteich zum Verkauf:

710 Fi, 70 La, 256 Fo mit Fm. Langholz:

145 I., 203 II., 291 III., 128 IV., 76 V., 14 VI. Kl. Sägholz: 67 I., 20 II., 26 III., 16 IV., 3 V. Kl.

Rilben (schwach anbrüchiges Sägholz): 23 Fi, 1 La mit Fm: 4 I., 1 II., 1 III. Kl.

Losverzeichnisse etc. durch Städt. Forstverwaltung.

173 Städt. Forstverwaltung.

Am Freitag sind **frische**



### Seefische

zu haben bei 123

**Fischer Zug.**

Neues, modernes

### Piano

Gute, Fabrikgarantie 5 Jahre, erstklassiges Fabrikat, ist besonderer Umstände halber zum Spottpreis von nur **M. 950.-** gegen bar zu verkaufen. Lieferung franko Haus.

Angebote unter Nr. 215 an die Geschäftsstelle des Blattes.

## Sind Sie klug

und benützen Sie meinen

## nur noch 3 Tage

dauernden

## Inventurausverkauf

Schluß am 21. Januar 1928

Hermann Reichert - Nagold.

Am Sonntag Abend 8 Uhr

findet im Traubensaal ein

## Lichtbildervortrag des Bundes für Vogelschutz E. V.

durch Herrn Trautwein statt.

Die Lichtbilderserie ist zusammengesetzt aus: 1. Aussterbende Tiere / 2. Vogelschutzanlagen und Gehölze / 3. Praktischer Vogelschutz. Der Vortrag selbst umfaßt Vogel- und Naturschutz, denn der Bund hat es sich angelegen sein lassen, alle Schönheiten der Natur zu schützen und insbesondere das, was in seiner Existenz bedroht ist.

Hierzu werden Frauen und Männer aller Stände herzlichst eingeladen. Eintritt frei.

**R. Reichert**, Buchdrucker  
Vorsitzender der ehem. Ortsgruppe Nagold des Bundes für Vogelschutz.

Das neue württ.

### Jagdgesetz

mit den Aenderungen und Entscheidungen nach dem jetzigen Stand ist zu beziehen durch **Buchhandlg. Zaiser Nagold.**

Frisch eingetroffen;  
**Blumenkohl Rosenkohl Spinat Schwarzwurzeln Kopfsalat Endivien Tomaten**

**Babette Schübel**  
Obst u. Gemüse  
Turmstr. 16. Telefon 18.

### Konfirmations-Büchlein

vorrätig bei **Buchhandlung Zaiser**

Eine **Kontrolltasse**

### Fahrrad

beides bereits neu, verkauft.  
Wer? sagt die Gesch.-Stelle d. Bl.

**Gerahmte Bilder** in jeder Größe und Preislage, hübsche **Kinderbilder** und **Wandfriese**

**Silhouetten, Radierungen** in größter Auswahl

## G. W. Zaiser

Beachten Sie bitte unseren Schaufenster.

Nagold.

Einer werten Einwohnerschaft von Nagold und Umgebung bringe ich meine

## Neuwäscherei u. Bügelanstalt

in empfehlende Erinnerung. Familienwäsche wird jederzeit kostenlos abgeholt und beigebracht.

**Jul. Brenner**  
Wolkestr. 20 beim Stadtbahnhof.

Annahmestellen für Stärkewäsche bei **Ferd. Wolf**, Buchbinderei, Burgstraße u. **Fa. Brenner u. Brösamle**, Walldorfstr.

## Scherz- und Karnevals-Artikel

in großer Auswahl

bei

**G. W. Zaiser - Nagold.**

